

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 068-2018
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.202

Eingereicht am: 22.03.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Handlungsunfähige Kobik gefährdet Sicherheit und wichtige Ermittlungen

Die Schnittstelle zwischen internationalen Ermittlern wie Interpol und den Ermittlern in der Schweiz war über mehrere Monate hinweg nicht funktionsfähig. Dies hat verheerende Auswirkungen auf laufende wie zukünftige Ermittlungen gegen Pädophile wie auch Internetbetrüger.

Neben technischen Problemen, gab es auch Probleme bezüglich der unklaren Aufgabenteilung zwischen der Bundeskriminalpolizei und der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik). So blockierten sich die Ermittler gegenseitig.

Der Berner Regierungsrat Christoph Neuhaus vertritt die Kantone im Leitungsausschuss der Kobik (die gegen Pädophile sowie gegen Internetbetrüger ermittelt). Die Reorganisation dauert länger als erwartet, anscheinend aufgrund von Unklarheiten der Kompetenzen zwischen Kantonen und Bund.

Die Kobik ist ein Konstrukt der föderalen Schweiz: Mit wenigen Ausnahmen verfolgen Ermittler des Bundes die Internetverbrecher und spüren sie auf, zur Anklage jedoch werden sie von kantonalen Stellen gebracht. Zwar stammen zwei Drittel der Kobik-Mittel von den Kantonen, administrativ aber ist die Kobik der Bundeskriminalpolizei (BKP) angegliedert.

Gemäss Fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle sei man noch immer mitten in der Reorganisation der BKP, und anstelle der Kobik werde es neu ein Cybercrime-Zentrum geben, das mindestens dieselbe Verfügbarkeit und Unterstützung wie die ehemalige Kobik erhalte.

Voraussichtlich im März und April 2018 sollen der Vorstand und das Plenum der KKJPD über den Stand der Reorganisation informiert werden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass eine nicht funktionierende, handlungsunfähige Kobik (neu Cybercrime-Zentrum) eine reale Gefahr darstellt?
2. Wie will sich der Regierungsrat, insbesondere Regierungsrat Neuhaus, der im Leitungsausschuss der Kobik sitzt, konkret einbringen und sich einsetzen, so dass die bisherige Kobik (neu Cybercrime-Zentrum) wieder einwandfrei funktionstüchtig und mit genügend Personal und Ressourcen ausgestattet ist, damit die Ermittlungen seriös wieder aufgenommen werden können?
3. Wie will man sicherstellen, dass Doppelspurigkeiten auch wirklich eliminiert werden können?
4. Was gedenkt der Regierungsrat, insbesondere Regierungsrat Neuhaus (im Leitungsausschuss der Kobik) seitens der KKJPD konkret zu unternehmen, dass sichergestellt werden kann, dass nahtlos und effizient auch während der Reorganisation effizient und professionell gegen Internetkriminalität ermittelt werden kann?

Verteiler

- Grosser Rat